



Internationaler Gewerkschaftsbund

**VORSTAND**

São Paulo, Brasilien, 10. – 12. Oktober 2015

---

**Tagesordnungspunkt 2:**

**Bericht von der 14. Sitzung des IGB-Vorstandes  
(Brüssel, Belgien, 16. – 18. Dezember 2014)**

Der Vorstand wird ersucht, den Bericht von seiner 14. Sitzung (Brüssel, Belgien, 16. – 18. Dezember 2014) zu verabschieden.

---

## INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSBUND

## 14. VORSTANDSSITZUNG: ZUSAMMENFASSUNG DER BESCHLÜSSE

Brüssel, Belgien, 16. – 18. Dezember 2014

**Tagesordnungspunkt 1: Eröffnung der Sitzung und Annahme der Tagesordnung**

In Abwesenheit des IGB-Präsidenten João Antonio Felício wurde die Sitzung von Karl-Petter Thorwaldsson, stellvertretender Präsident, eröffnet, der an den ersten beiden Tagen auch den Vorsitz führte und dem Präsidenten eine schnelle Genesung wünschte. Angesichts des schwerwiegenden Angriffes auf die Rechte und Arbeitsbedingungen der belgischen ArbeitnehmerInnen wurde allen belgischen Gewerkschaften eine Solidaritätsbotschaft übermittelt.

Am dritten Sitzungstag führte Maria Fernanda Carvalho Francisco, stellvertretende Präsidentin, den Vorsitz.

Die Tagesordnung (Anhang I) und der Zeitplan wurden erläutert und **ANGENOMMEN**.

**Tagesordnungspunkt 2: Berichte von der 12. und 13. Sitzung des Vorstandes (Berlin, Deutschland, 18. und 23. Mai 2014)**

Der Vorsitzende legte die Berichte von der 12. und der 13. Vorstandssitzung vor, die ohne Änderungen **ANGENOMMEN** wurden.

**Tagesordnungspunkt 3: Nachrufe**

Der Vorstand legte eine Schweigeminute zum Gedenken an die verstorbenen Kolleginnen und Kollegen André Bergeron, Helena Johansson, Angélique Correa, Arnaldo Souza Benedetti, Martin Lofete Nkake, Tharcisse Nibogora, Eunice Nira Teixeira Silva, Mamadou Nama, Rakotoarisoa Eugène und Luis Enrique Marius und deren immensen Einsatz für die Gewerkschaftsbewegung ein.

**Tagesordnungspunkt 4: Satzungsmäßige Gremien**

Der Vorsitzende führte in das Dokument ein.

Der Vorstand **BILLIGTE** das Dokument und **RATIFIZIERTE** somit die aktuelle Zusammensetzung der satzungsmäßigen Gremien des IGB.

**Tagesordnungspunkt 5: Fragen der Mitgliedschaft**

Der stellvertretende Generalsekretär Jaap Wienen führte in das Dokument ein.

**1. Anträge auf Mitgliedschaft, deren Annahme empfohlen wurde**

Der Vorstand **BESCHLOSS**, folgende Organisationen als Mitglieder aufzunehmen:

Algerien	CGATA
Ecuador	CEDOCUT
Lesotho	LLC
Mauritius	CITU
Mauritius	CTSP
Montenegro	UFTUM
Panama	CONUSI
Philippinen	KMU
Somalia	FESTU

## 2. Weiter zu prüfende Anträge auf Mitgliedschaft

Der Vorstand **BESCHLOSS**, die nachstehenden Anträge weiter zu prüfen:

### AFRIKA:

Angola	Força Sindical
Zentralafrikan. Republik	FOC
Côte d'Ivoire	CSH
Marokko	UNTM
Tunesien	CGTT
Uganda	COFTU
Sambia	FFTUZ

### GESAMTAMERIKA:

Barbados	CTUSAB
Brasilien	NCST
Kanada	CCU
Costa Rica	CCTDNS RN
Jamaika	NWU
Peru	CSP

### ASIEN-PAZIFIK:

Kambodscha	NACC
Indien	CFTUI
Iran	CIWR
Jordanien	FITU
Vietnam	VLF

### EUROPA:

Frankreich	FSU
Kasachstan	CFTUK
Tadschikistan	FTuiT
Usbekistan	FTUZ

## 3. Seit langem unentschiedene Anträge auf Mitgliedschaft

Der Vorstand **NAHM** die nachstehenden seit langem unentschiedenen Anträge **ZUR KENNTNIS**:

Fidschi	FICTU
Irak-Kurdistan	KGWSU
Westsahara	UGT-SARIO

Der Vorstand **BESCHLOSS**, in der ersten Hälfte des Jahres 2015 eine Delegation in die Westsahara zu entsenden, um die Lage zu prüfen.

## 4. Anträge, die nicht weiter geprüft werden sollten

Der Vorstand **BESCHLOSS**, folgende Anträge nicht weiter zu prüfen:

Tschad	CIST
Kongo	CGSA
Gabun	CGST
Mauretanien	UGSPM
Somalia	SCTU
Indonesien	FSPSI
Nepal	INDECONT

## 5. Sonstige Fragen der Mitgliedschaft

### Argentinien: CTA

Der Vorstand **AKZEPTIERTE** die endgültige Spaltung der CTA in CTA-Autónoma und CTA-Argentina. Beiden Organisationen wird nach dem Eingang detaillierter Informationen der IGB-Mitgliedsstatus angeboten werden.

### Bangladesch: JSL und BLF

Der Vorstand **BEAUFTRAGTE** das Sekretariat, die künftige Position von JSL und BLF bezüglich der von Walmart ins Leben gerufenen sogenannten Allianz für die Sicherheit bangladeschischer Beschäftigter zu verfolgen und das in Artikel IV der IGB-Satzung erläuterte Verfahren einzuleiten, falls JSL und/oder BLF weiterhin im Widerspruch zu den Interessen des IGB handeln.

### Kambodscha: CCTU

Der Vorstand **BAT** das Sekretariat, den unabhängigen Charakters der CCTU weiter zu überprüfen, insbesondere im Rahmen der laufenden Verhandlungen und Aktivitäten im Zusammenhang mit der Erhöhung des Mindestlohns und bezüglich Gesetzesänderungen, und bei der nächsten Vorstandssitzung darüber zu berichten.

### Myanmar: FTUM

Der Vorstand **AKZEPTIERTE** die Umbenennung der FTUM in CTUM, wobei ihr erhöhter Mitgliederstand festgehalten werde.

## 6. Assoziierte Organisationen (AO)

Der Vorstand **BESCHLOSS**:

- a. der Organisation ZSSS–Slowenien den AO-Status zu verleihen,
- b. den AO-Status der SNAPAP–Algerien zu beenden.

## 7. Organisationen, deren IGB-Mitgliedschaft als erloschen gilt

Der Vorstand **NAHM ZUR KENNTNIS**, dass die IGB-Mitgliedschaft der nachstehend aufgelisteten Organisationen im Einklang mit Artikel XXXII(c) der Satzung des IGB als erloschen betrachtet werde:

Chile	UNT
Ecuador	CEDOC
El Salvador	CTD
Gambia	GWU
Malta	CMTU
Sierra Leone	CCOTU

## 8. Sonstiges

### Indien: CFTUI

Der Vorstand **BESCHLOSS**, eine Delegation nach Indien zu entsenden, um den repräsentativen Charakter der Assoziierten Organisation CFTUI vor dem Hintergrund ihres Antrags auf Vollmitgliedschaft beim IGB zu überprüfen und bei der nächsten Vorstandssitzung im Jahr 2015 Bericht zu erstatten.

## **Tagesordnungspunkt 6: Building Workers' Power Einleitung der Generalsekretärin**

Die Generalsekretärin berichtete über:

- Kongress 2014 and Prioritäten für 2015
- Höhepunkte und Herausforderungen 2014
- Globale Gefahren

Höhepunkte 2014:

- Katar-Kampagne
- Kampagne 'Decisions for Life'
- Kampagne 'Count Us In!'
- Hausangestellte
- Migration, Zwangsarbeit und Bekämpfung von Menschenhandel
- Gefährdete Länder
- Klima
- Entwicklung
- Global Governance
- Organisierung

Frontlines/Prioritäten für 2015

- Die Macht der Unternehmen in Lieferketten eindämmen
- Sklaverei beenden
- Klimagefahren

Sechs fortlaufende Prioritäten

- Gefährdete Länder
- Globale Kohärenz
- Migration
- Count us In!
- Hausangestellte
- Organisierung

Der Vorstand begrüßte den Bericht und **NAHM** die Frontlines/Prioritäten für 2015 sowie die sechs fortlaufenden Prioritäten **ZUR KENNTNIS**.

Unter diesem Tagesordnungspunkt wurde zudem ein Erklärungsentwurf zu bedeutenden internationalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen vorgelegt. Der Vorstand **VERABSCHIEDETE** diese Erklärung über "Globale Gefahren" (Anhang II).

## **Tagesordnungspunkt 7: Überblick über wirtschaftliche Entwicklungen**

John Evans, IGB-Chefökonom und TUAC-Generalsekretär, berichtete über aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen und den Stand der Dinge bezüglich der G20.

Der Vorstand **NAHM** die Verlängerung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem IGB und dem TUAC **ZUR KENNTNIS**.

## **Tagesordnungspunkt 8: Internationale Arbeitsorganisation**

Luc Cortebeek, der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe bei der IAO, legte einen Entschließungsentwurf zum CAS-Konflikt vor.

Der Vorstand **BESCHLOSS**, die Mitgliedsorganisationen und die Arbeitnehmermitglieder des Verwaltungsrates zur Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen aufzurufen, damit sie sich am 18. Februar 2015 an einem globalen Aktionstag zur Verteidigung des Streikrechts beteiligen.

Der Vorstand **VERABSCHIEDETE** die Entschließung zum CAS-Konflikt (Anhang III).

#### **Tagesordnungspunkt 9: Ausschuss für Arbeitnehmerkapital**

Pierre Habbard führte in das Dokument ein.

Der Vorstand **NAHM** den Bericht **ZUR KENNTNIS**.

#### **Tagesordnungspunkt 10: Global-Unions-Partnerschaft**

Stephen Cotton, ITF-Generalsekretär, berichtete über den 43. ITF-Kongress, der vom 10. – 16. August 2014 in Sofia, Bulgarien, stattgefunden hatte. Das Kongressthema lautete: "Von globaler Krise zu globaler Gerechtigkeit – Verkehrsbeschäftigte setzen sich zur Wehr!"

Christy Hoffman, stellvertretende UNI-Generalsekretärin, berichtete über die Höhepunkte des UNI-Kongresses, der vom 7. – 10. Dezember 2014 in Kapstadt stattgefunden hatte, 20 Jahre nach dem demokratischen Durchbruch in Südafrika.

Unter dem Hauptkongressthema "Including You" wurden folgende drei Themen behandelt:

- Gewerkschaftswachstum
- Wirtschaft
- Neue Arbeitswelt

Ambet Yuson, BHI-Generalsekretär, ging in seinem Bericht schwerpunktmäßig auf Katar ein.

#### **Tagesordnungspunkt 11: Entwicklungen bei den Vereinten Nationen: Gewerkschaftsprioritäten für die Zeit nach 2015**

In das Dokument führte Alison Tate ein, die IGB-Beauftragte für externe Beziehungen.

Das Netzwerk für die gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (TUDCN) des IGB habe die Gewerkschaftsbeiträge zu den verschiedenen Prozessen der Vereinten Nationen hinsichtlich der Post-2015-Agenda und der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) auf nationaler, regionaler und globaler Ebene koordiniert und erreicht, dass Schlüsselforderungen des IGB in dem Entwurf der UN berücksichtigt würden. Die Lobbyarbeit insbesondere für Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit mit Sozialschutz für alle werde fortgesetzt. Wichtig seien aber auch die Gleichstellung der Geschlechter, Bildung für alle, ein bezahlbares Gesundheitswesen und Ernährungssicherheit. Die Verpflichtung zu einem menschenrechtsgestützten Ansatz mit sozialem Dialog und Strategien für einen "gerechten Übergang" müsse im Rahmen der "Umsetzungsinstrumente" (sowohl finanzieller als auch nicht finanzieller Art) berücksichtigt werden. Es bedürfe eines Ordnungs- und Rechenschaftssystems, das die Überwachungsverfahren der IAO integriert.

Der Vorstand **NAHM** den Bericht **AN**.

#### **Tagesordnungspunkt 12: Berichte**

Die Generalsekretärin teilte dem Vorstand mit, dass die folgenden Berichte zur Information und Annahme vorgelegt würden.

**(a) Gleichstellung der Geschlechter****Bericht von der 8. Sitzung des IGB-Frauenausschusses  
(Brüssel, 25. und 26. März 2014)**

Gladys Branche, die Vorsitzende des Frauenausschusses, stellte den Bericht vor.

Der Vorstand **NAHM** den Bericht **AN**.

**(b) Jugend****Bericht von der 8. Sitzung des IGB-Jugendausschusses  
(Brüssel, 1. und 2. Dezember 2014)**

Nana Koomah Brown-Orleans, die Vorsitzende des Jugendausschusses, berichtete über die 8. Sitzung des Ausschusses.

Der Vorstand **NAHM** den mündlichen Bericht **AN**.

**(c) Bericht von der 6. Sitzung des Ausschusses für Menschen-  
und Gewerkschaftsrechte (Brüssel, 16. Dezember 2014)**

Rudy De Leeuw berichtete über die verkürzte 6. Sitzung des Ausschusses, die parallel zur Sitzung des Lenkungsausschusses stattgefunden habe.

Der Ausschuss habe von der Generalsekretärin erfahren, wie das Sekretariat die Beschlüsse des Berliner Kongresses in die Praxis umsetze, vor allem bezüglich der 'Förderung der Rechte', und sie in kohärente und wirksame Prioritäten und Pläne für die kommenden Jahre übertrage.

Nach der Erörterung und Diskussion des neuen Formats der Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten und des neuen Globalen Indexes auf der Grundlage einer verbesserten Informationssammlung sei der Ausschuss zudem kurz auf die Auswahl der Länder zur Aufnahme in die IGB-Beobachtungsliste eingegangen.

Einen Großteil der Sitzung habe man der Diskussion über die groß angelegten Kampagnen für die vom Kongress beschlossenen Zielländer gewidmet, wobei es vor allem um die Notwendigkeit einer besseren Koordination mit und Unterstützung durch Mitgliedsorganisationen und GUFs ging.

Dem Vorstand wurde zudem über die Arbeit im Zusammenhang mit den prioritären Themen Beendigung von Sklaverei und Zwangsarbeit berichtet (einschließlich einer Kampagne zum von der IAO beschlossenen Protokoll zum Übereinkommen 29), ebenso wie über eine Studie (unterstützt von FNV Mondiaal) über prekäre Arbeit in Asien zur Untermauerung der Frontline-Kampagne im Zusammenhang mit Lieferketten und Mindestlöhnen.

Der Vorstand **NAHM** den mündlichen Bericht des Ausschusses **AN**.

**Tagesordnungspunkt 13: Die Regionen****(a) Afrika****(b) Gesamtamerika****(c) Asien und Pazifik****(d) Arabische Subregion****(e) PERR**

Der dem bei einem tragischen Unfall bei der Arbeit auf dem Mount Everest ums Leben gekommenen Klimaschutzaktivisten Dorje Khatri gewidmete Preis wurde vom IGB-Direktor für Kampagnen und Kommunikation, Tim Noonan, verliehen.

Der Vorstand wurde darüber unterrichtet, dass die Familie von Edwin Chota, einem Angehörigen des Ashaninka-Stammes, der am 1. September getötet worden war, für diese Auszeichnung nominiert worden sei. Edwin Chota habe für das Recht seines Stammes auf Landrechte und die Ausweisung illegaler Holzfäller, die seine Wälder an der brasilianischen Grenze zerstörten, gekämpft.

Die Auszeichnung werde bei einer Feier mit den örtlichen Gewerkschaften übergeben.

Der Vorstand **BILLIGTE** die Nominierung durch Zuruf.

Der Vorstand begrüßte die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba und äußerte die Hoffnung, dass dieser Durchbruch zu einer dauerhaften Verbesserung des Verhältnisses und zu wirklichen Fortschritten bezüglich wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit und der Arbeitnehmerrechte führen werde.

Der Vorstand **VERABSCHIEDETE** die vom TUCA eingebrachte Entschließung zu Schutzverträgen in Mexiko (Anhang IV).

Der Vorstand **VERABSCHIEDETE** die Resolution 68/304 der UN-Generalversammlung, wie vom TUCA beantragt (Anhang V).

Der Vorstand **VERABSCHIEDETE** die Erklärung der Pakistan Workers' Federation (PWF) bezüglich des Massakers in Peshawar (Anhang VI).

Der Vorstand brachte seine Solidarität mit den nach wie vor inhaftierten 127 indischen Beschäftigten (Maruti Suzuki Ltd) zum Ausdruck und forderte die indische Regierung auf, sie unverzüglich freizulassen.

Der Vorstand **NAHM** die Berichte AN.

#### **Tagesordnungspunkt 14: Finanzfragen**

##### **(a) Bericht von der 16. Sitzung des IGB-Lenkungsausschusses (Brüssel, 16. Dezember 2014)**

Der Vorstand **NAHM** den Bericht AN.

##### **(b) Finanzberichte der IGB-Regionalorganisationen für 2013**

###### **(i) IGB-AF:**

###### **(a) Kassenbericht für 2013**

###### **(b) Bericht der Rechnungsprüfer für 2013**

Der Vorstand **NAHM ZUR KENNTNIS**, dass die Sitzungen der leitenden Organe der IGB-Afrika aufgrund der Ebola-Epidemie in Westafrika verschoben werden mussten und der Kassenbericht und der Rechnungsprüferbericht der IGB-AF für 2013 daher bisher noch nicht gebilligt werden konnten. Beide Berichte waren dem Lenkungsausschuss bei seiner Sitzung im April 2014 bereits zur Information vorgelegt worden (Dokument 15EB/G/4(b)(i)).

###### **(ii) IGB-AP:**

###### **(a) Kassenbericht für 2013**

###### **(b) Bericht der Rechnungsprüfer für 2013**

Der Vorstand **BILLIGTE** den Kassenbericht und den Rechnungsprüferbericht der IGB-AP für 2013 (Dokument 16EB/G/4(b)).

**(c) Haushalt und Programme des IGB für 2015**

Auf die Empfehlung des Lenkungsausschusses hin **BILLIGTE** der Vorstand den Einnahmen- und Ausgabenvoranschlag für 2015 (Dokument 16EB/G/6(a)).

Auf die Empfehlung des Lenkungsausschusses hin **BILLIGTE** der Vorstand für 2015 eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um 1% gegenüber 2014 (Dokument 16EB/G/6(b)).

Der Vorstand **BILLIGTE** einen Beitrag aus dem Ordentlichen Haushalt des IGB in Höhe von CFA 403.461.440 für die IGB-AF (Dokument 16EB/G/6(e)(i)).

Der Vorstand **BILLIGTE** einen Beitrag aus dem Ordentlichen Haushalt des IGB in Höhe von SGD 1.195.371 für die IGB-AP (Dokument 16EB/G/6(e)(ii)).

Der Vorstand **BILLIGTE** einen Beitrag aus dem Ordentlichen Haushalt des IGB in Höhe von USD 599.198 für den TUCA (Dokument 16EB/G/6(e)(iii)).

Der Vorstand **BILLIGTE** einen Beitrag aus dem Ordentlichen Haushalt des IGB in Höhe von EUR 388.300 für den ATUC (Dokument 16EB/G/6(e)(iv)).

**(d) Solidaritätsfonds: Haushalt und Programme für 2015**

Der Vorstand **BILLIGTE** den Haushalt und die Programme im Rahmen des Solidaritätsfonds für 2015 (Dokument 16EB/G/6(d)(ii)).

**Tagesordnungspunkt 15: Termin und Ort der nächsten Sitzungen**

Die Generalsekretärin teilte mit, dass die nächste Sitzung des Vorstandes in der Woche vom 12. Oktober 2015 entweder in Brüssel, Belgien, oder in Brasilien stattfinden werde.

Der Vorstand **NAHM** den Termin und die Tatsache **ZUR KENNTNIS**, dass der Veranstaltungsort noch zu bestätigen ist.

**Tagesordnungspunkt 16: Sonstiges**

Die Vorsitzende beendete die Sitzung am 18. Dezember 2014 um 12:45 Uhr.



## VORSTAND

Brüssel, 16. – 18. Dezember 2014

---

*ITUH  
Blvd. du Roi Albert II 5, 1210 Brüssel, Belgien  
Auditorium, 1. Stock  
Sitzungsbeginn am Dienstag, 16. Dezember 2014, um 17:00 Uhr*

### ENDGÜLTIGE TAGESORDNUNG

1. Annahme der Tagesordnung
2. Berichte von der 12. und der 13. Sitzung des IGB-Vorstandes (Berlin, Deutschland, 18. und 23. Mai 2014)
3. Nachrufe
4. Satzungsmäßige Gremien
5. Fragen der Mitgliedschaft
6. Building Workers' Power – Einleitung der Generalsekretärin
  - 6.1. Kongress 2014 und Prioritäten für 2015
  - 6.2. Höhepunkte und Herausforderungen 2014
  - 6.3 Globale Gefahren
7. Überblick über wirtschaftliche Entwicklungen
8. Internationale Arbeitsorganisation
9. Ausschuss für Arbeitnehmerkapital
10. Global-Unions-Partnerschaft (*kein Dokument*)
11. Entwicklungen bei den Vereinten Nationen: Gewerkschaftsprioritäten für die Zeit nach 2015
12. Berichte
  - (a) Gleichstellung der Geschlechter  
Bericht von der 8. Sitzung des IGB-Frauenausschusses (Brüssel, 25. und 26. März 2014)
  - (b) Jugend  
Bericht von der 8. Sitzung des IGB-Jugendausschusses (Brüssel, 1. und 2. Dezember 2014) (*mündlicher Bericht*)
  - (c) Bericht von der 6. Sitzung des IGB-Ausschusses für Menschen- und Gewerkschaftsrechte (Brüssel, 16. Dezember 2014) (*mündlicher Bericht*)

13. Die Regionen
    - (a) Afrika
    - (b) Gesamtamerika
    - (c) Asien und Pazifik
    - (d) Arabische Subregion
    - (e) PERR
  14. Finanzfragen
    - (a) Bericht von der 16. Sitzung des IGB-Lenkungsausschusses (Brüssel, 16. Dezember 2014)
    - (b) Finanzberichte der IGB-Regionalorganisationen für 2013
      - (i) IGB-AF:
        - (a) Kassenbericht für 2013
        - (b) Bericht der Rechnungsprüfer für 2013
      - (ii) IGB-AP:
        - (a) Kassenbericht für 2013
        - (b) Bericht der Rechnungsprüfer für 2013
    - (c) Haushalt und Programme des IGB für 2015
    - (d) Solidaritätsfonds: Haushalt und Programme für 2015
  15. Termin und Ort der nächsten Sitzungen
  16. Sonstiges
-

# Globale Gefahren

Frieden, Demokratie und Rechte sind vor dem Hintergrund der angeschlagenen Weltwirtschaft zunehmend in Gefahr. In vielen Ländern hat sich die Lage seit dem IGB-Kongress in Berlin verschlechtert, und die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, Armut und wirtschaftlicher Unsicherheit als Konfliktursachen treten immer deutlicher zutage. Der historische Höchststand der Arbeitslosigkeit, weitverbreitete Ungleichheit und Armut sind ein fruchtbarer Nährboden für die Anwerbung zu rechtlosen Banden und für fundamentalistische Zwecke. Angriffe auf die Vereinigungsfreiheit und den sozialen Dialog, das Verschwinden demokratischer Spielräume in vielen Ländern, die katastrophalen Folgen des Ebola-Virus und die schlimmste Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg tragen erheblich zur Eskalation globaler Gefahren bei.

Nationalistische und sektiererische Bestrebungen breiten sich aus, Extremismus und Intoleranz rücken in der politischen Landschaft vieler Länder immer mehr in den Mittelpunkt.

In rund 40 Ländern herrschen bewaffnete Konflikte unterschiedlicher Intensität, und die Zahl der bewaffneten Gruppen wird immer größer. In der Region Nahost/Nordafrika haben sich die Konflikte verschärft, durch den Aufstieg dschihadistischer Gruppen wie des Islamischen Staates, Aufstände und Instabilität in Nordafrika und die permanenten Spannungen zwischen Israel und Palästina, da die israelische Regierung jegliche Fortschritte in Richtung auf Frieden und eine gerechte Lösung blockiert. Die Situation an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine droht, zu einem neuen Kalten Krieg zu eskalieren, mit nur wenig oder keiner Aussicht auf eine Verhandlungslösung in naher Zukunft. In der asiatisch-pazifischen Region nehmen die geopolitischen Spannungen zu, und in einigen Ländern gehen die Aufstände weiter. In mehreren afrikanischen Ländern sind interne Konflikte und/oder Dschihadisten-Aufstände ausgebrochen, und organisierte Gewaltverbrechen, zum Teil im Einvernehmen mit der Regierung, kosten in einigen lateinamerikanischen Ländern Tausende Menschenleben. In praktisch all diesen Fällen sind Frauen und Kinder unverhältnismäßig stark betroffen, u.a. durch Versklavung und Menschenhandel.

In manchen Fällen, in denen Frieden ausgehandelt und die Demokratie vorangebracht wurde, ist beides jetzt wieder in Gefahr. Die Drohungen und tätlichen Angriffe auf die UGTT in Tunesien zielen darauf ab, ihre zentrale und historische Rolle bei einer neuen Richtungsweisung für ihr Land zu untergraben, während in Nordirland die Gefahr besteht, dass die Friedensvereinbarung durch einen Rückzug ins Sektierertum untergraben wird, geschürt durch die drastischen Kürzungen unerlässlicher öffentlicher Ausgaben.

Es gibt aber auch neue Kriegstreiber. Das immense Vermögen insbesondere Saudi-Arabiens und Katars dient dazu, Stellvertreterkriege in Syrien und Irak zu führen und anderswo Aufstände zu unterstützen. Es gibt mittlerweile rund 40 bewaffnete Gruppen im Irak und 60 in Syrien, unterschiedlicher Stärke und wechselnder politischer Loyalitäten. Millionen Menschen in der Region wurden vertrieben, und der IGB, die ITF und der EGB werden eine gemeinsame Delegation in die Türkei entsenden, wo Hunderttausende Flüchtlinge aus Konfliktregionen Zuflucht suchen.

Die Kapazitäten der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung reichen nicht aus, und das Zögern der UN in Verbindung mit der Tatsache, dass viele Länder hinsichtlich ihrer Rolle bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit auf Abstand gehen, führt dazu, dass Millionen Menschen ohne Schutz und ohne Hoffnung auf Frieden dastehen.

Ein Schlüsselfaktor für die Zunahme bewaffneter Konflikte ist die anhaltende Zurückdrängung der Rolle des Staates, da private Unternehmen und der Finanzsektor vermehrt die Kontrolle über die Entscheidungsprozesse übernehmen

– auf Kosten der Demokratie. Es ist ihnen gelungen, die Reform des globalen Finanzsystems aufzuhalten, gefügige Regierungen zu finden, die Steueroasen schaffen, und ein internationales Handelsmodell durchzusetzen, das den Interessen der Wirtschaft zunehmend Vorrang einräumt, falls diese im Widerspruch zum öffentlichen Interesse stehen. Die Weltweite Umfrage des IGB hat deutlich gemacht, dass 78 Prozent der Menschen heute der Ansicht sind, dass ihre Volkswirtschaft nur den Reichen dient, während 84 Prozent glauben, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht genügend Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse nehmen können. Das vorherrschende internationale Handelsmodell führt zur Ausbreitung von Lieferketten, die die Beschäftigten verarmen lassen, misst Profiten kontinuierlich größeres Gewicht bei als den Löhnen und untergräbt demokratische Entscheidungsprozesse, indem die Regierungen nicht rechenschaftspflichtigen ISDS-Verfahren unterworfen werden. Dies steht im krassen Widerspruch dazu, was ein wünschenswertes Handelssystem bewirken sollte, nämlich die Interdependenz erhöhen, den Wohlstand teilen und das Konfliktpotenzial vermindern.

Den Regierungen, die zunehmend den Wirtschaftsinteressen verpflichtet sind, fehlt häufig der Mut für Maßnahmen zur Begrenzung oder Abwendung globaler Gefahren. Die wahre Rolle des Staates, d.h. einen Ordnungsrahmen zu schaffen und Dienstleistungen im Interesse der Menschen zu erbringen sowie Lösungen für die Herausforderungen auf nationaler und globaler Ebene zu finden, muss wiederhergestellt werden.

Dennoch ist die Forderung der Menschen nach Redefreiheit und demokratischen Rechten, wo diese nicht vorhanden oder in Gefahr sind, ungebrochen. Die Bevölkerung Hongkongs lässt mit Unterstützung des HKCTU keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit, Demokratie durchzusetzen, und in allen Teilen der Welt gibt es Beispiele für eine Mobilisierung der Menschen für Rechte, wobei die Gewerkschaften häufig eine zentrale Rolle spielen.

Die jüngste Geschichte hat gezeigt, dass die Regierungen zusammenarbeiten können, um Themen von weltweiter Relevanz anzugehen. Nach sechsjährigen komplexen Verhandlungen über eine Vielzahl strittiger Fragen wird der Vertrag der Vereinten Nationen zur Kontrolle des Waffenhandels nur eine Woche nach dieser Vorstandssitzung in Kraft treten. 122 Länder haben diesen Vertrag unterzeichnet und 54 haben ihn bereits ratifiziert. Obwohl er nicht perfekt ist, wird doch endlich versucht, für mehr Transparenz und eine gewisse Regulierung des internationalen Waffenhandels zu sorgen. Die Regierungen sind nach wie vor imstande, sich Herausforderungen zu stellen, häufig aber erst dazu bereit, wenn ihnen der Druck der Öffentlichkeit keine andere Wahl lässt.

Die geschwächte Rolle von Regierungen und globalen Institutionen wird durch altbekannte Gefahren für die weltweite Sicherheit und neue Risiken bis an ihre Grenzen getestet werden.

Die Gefahr einer weiteren Verbreitung von Atomwaffen und das Schreckensszenario eines nordkoreanischen Atomschlages versetzen die Menschen in der Region und überall auf der Welt kontinuierlich in Angst. Der Erhalt des weltweiten tödlichen Atomwaffenarsenals kostet etwa 100 Milliarden Dollar pro Jahr. Dieses Geld könnte für grundlegende menschliche Bedürfnisse verwendet werden, ebenso wie ein Großteil der 1,7 Billionen Dollar an jährlichen Militärausgaben weltweit. Die Rüstungsindustrie macht weiterhin riesige Gewinne, wobei mehr als 100 Unternehmen Rüstungsverkäufe von über 700 Millionen Dollar pro Jahr zu verzeichnen haben (ohne China) und die größten von ihnen jedes Jahr Rüstungsgüter im Wert von vielen Milliarden Dollar verkaufen.

Die drohende Verwüstung durch einen ungebremsten Klimawandel ist eine allgegenwärtige Gefahr, da es immer häufiger zu Klimakatastrophen kommt und die Konkurrenz um Land, Trinkwasser und andere lebenswichtige Ressourcen angesichts eines steigenden Meeresspiegels größer wird.

Eine Eskalation des Cyber-Konfliktes ist ein weiterer Bereich, der erhebliche neue Gefahren birgt. Bereits jetzt setzen die Regierungen und ihre Handlanger bei einer Vielzahl aktueller Konflikte Cyber-Technologien gegen andere Staaten und in vielen Fällen auch gegen Volksbewegungen für Demokratie und Rechte ein. Über diese Fälle hinaus lauert das Schreckgespenst eines ausgewachsenen Cyber-Krieges, den viele Länder mittlerweile in ihre militärische Planung integriert haben. Dies beinhaltet die Störung und Zerstörung kritischer Infrastrukturanlagen und die Möglichkeit, dass der Zivilbevölkerung unermesslicher Schaden zugefügt wird. Viele Beobachter halten es

lediglich für eine Frage der Zeit, wann derartige destruktive Technologien entfesselt werden.

Es gibt immer mehr globale Gefahren, und das internationale System hat darauf bis heute keine Antworten gefunden. Zudem sind viele Länder nicht widerstandsfähig genug, um im Ernstfall mit diesen Gefahren fertig zu werden. Die Ebola-Epidemie ist ein anschauliches Beispiel für die Folgen jahrzehntelanger entwicklungs- und ordnungspolitischer Versäumnisse. Trotz eindringlicher Warnungen der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen und anderer wird die langsame Reaktion der internationalen Gemeinschaft Tausende Menschenleben kosten, bis die Epidemie unter Kontrolle gebracht ist.

Vor diesem Hintergrund sind die einende Rolle der Gewerkschaftsbewegung, ihre demokratische Legitimität und ihr Engagement für Demokratie und Frieden wichtiger denn je. Der Einsatz für Gewerkschaftsrechte und gegen Angriffe auf den sozialen Dialog ist selbst ein Akt der Demokratie und des Friedens. Die Bemühungen um Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit sind unerlässlich für die Garantie der sozialen Gerechtigkeit und Stabilität und die Beendigung der Ungleichheit und wirtschaftlichen Entbehrungen als Hauptkonfliktursachen. Der soziale Dialog zur Untermauerung des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft ist ein weiteres Beispiel für die zentrale Rolle der Gewerkschaften bei der Bewältigung globaler Krisen, die, wenn nichts unternommen wird, drohen, das gesellschaftliche Gefüge zu zerstören.

Darüber hinaus muss sich die Gewerkschaftsbewegung den Herausforderungen einer sich verändernden Arbeitswelt stellen. Angesichts der Dominanz der Wirtschaftsinteressen über die Regierungspolitik bergen die technologischen Fortschritte sowohl im Bereich der technischen Anwendungen als auch hinsichtlich des immens ausgeweiteten Zugangs zu Technologien die Gefahr, dass sie dazu verwendet werden, um die Ungleichheit und die Unsicherheit zu vertiefen. Das muss jedoch nicht zwangsläufig eintreten, und die Gewerkschaftsbewegung muss bereit sein, die Zukunft der Arbeit so mitzugestalten, dass die Menschen davon profitieren und nicht nur die Unternehmensbilanzen. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen müssen erneute Investitionen in Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit und die Umsetzung der IAO-Erklärung über soziale Gerechtigkeit stehen.

### **Empfehlungen:**

#### **Der Vorstand:**

- bekräftigt das Engagement des IGB für globale nukleare Abrüstung und seine Kampagne für den Atomwaffensperrvertrag. Er fordert alle Mitglieds- und Regionalorganisationen auf, die Petition zu unterstützen, die den Vereinten Nationen bei der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages oder Nichtverbreitungsvertrages (NVV) 2015 vorgelegt werden soll;
- ruft alle Regierungen dazu auf, die Weltgesundheitsorganisation dabei zu unterstützen, Ressourcen zu mobilisieren, um die Ebola-Epidemie und andere globale gesundheitliche Herausforderungen in den Griff zu bekommen und zu überwinden;
- verpflichtet den IGB zur Ermöglichung länderübergreifender Foren während des Jahres 2015, angefangen in Weißrussland, um neue Gefahren zu erörtern, damit wir unsere kollektive Stimme für Vereinigungsfreiheit und Demokratie erheben können, gefolgt von einem globalen Gipfel 2016;
- billigt die Koordination eines umfassenden Berichtes im Jahr 2015 mit Beiträgen von Mitglieds- und Regionalorganisationen und anderen, um globale Gefahren vor dem Hintergrund der Stärke sowohl der Vereinigungsfreiheit als auch anderer demokratischer Rechte einzuschätzen;
- bestätigt, dass der IGB die IAO-Initiative bezüglich der Zukunft der Arbeit anlässlich des hundertjährigen Bestehens der IAO unterstützt und die Mitgliedsorganisationen und GUFs 2015 konsultieren wird, um einen Vorschlag bezüglich strategischer Interventionen bei den Beratungen der IAO in der Vorbereitungsphase auf 2019 auszuarbeiten.

# Internationale Arbeitsorganisation

## EntschlieÙung zum CAS-Konflikt

### Hintergrund

1. Während des Großteils seiner fast einhundertjährigen Geschichte hat das Überwachungssystem der IAO seine wichtige Aufgabe erfüllt und die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen überwacht, mit uneingeschränkter Unterstützung der dreigliedrigen Träger. Die Arbeitgebergruppe hat jetzt jedoch mit dem Versuch, die Autorität des IAO-Sachverständigenausschusses zu untergraben, einen gezielten und anhaltenden Angriff auf das Überwachungssystem gestartet.
2. Begonnen hat dies 2012, als die Existenz eines durch Übereinkommen 87 geschützten Streikrechtes in Frage gestellt wurde, obwohl dieses Recht im Prinzip jahrzehntelang von allen Trägern der IAO anerkannt worden war. In den Jahren 2013 und 2014 hat die Arbeitgebergruppe jedoch die fundierten Ansichten des Sachverständigenausschusses bezüglich einer Vielzahl anderer Übereinkommen angefochten und sich erneut geweigert, in 19 der vom Ausschuss für die Durchführung der Normen (engl. Abk. CAS) überwachten Fälle per Konsens zu Schlussfolgerungen zu gelangen.
3. Die Verfassungsgeber der IAO haben vorausgesehen, dass es von Zeit zu Zeit Konflikte bezüglich der Auslegung eines Übereinkommens geben könnte und daher den Verweis solcher Konflikte gemäß Artikel 37.1 der IAO-Verfassung an den Internationalen Gerichtshof (IGH) vorgesehen, um ein Gutachten erstellen zu lassen. Der IGH würde es den Trägern mit einem endgültigen und abschließenden Entscheid zum Streikrecht in der Tat ermöglichen, die dreigliedrigen Verhandlungen unter größerer Rechtssicherheit wieder aufzunehmen.
4. Der Vorstand hat im Oktober 2013 eine EntschlieÙung verabschiedet, der zufolge sich der IGB dafür ausspricht, die Frage des Streikrechtes gemäß Übereinkommen 87 an den IGH zu verweisen, um ein Gutachten erstellen zu lassen, falls sich die Arbeitgebergruppe weiterhin einer Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes widersetzt, was sie getan hat. Mit der EntschlieÙung wurden zudem alle IGB-Mitgliedsorganisationen zu Lobbyarbeit gegenüber ihren Regierungen aufgefordert, vor allem wenn sie dem IAO-Verwaltungsrat angehören, um bezüglich eines Verweises des Konfliktes an den IGH ihre Unterstützung zu gewinnen. Der IGB hat einen umfassenden Bericht über die Rechtsgrundlagen des Streikrechtes zur Untermauerung dieser Kampagne erstellt.
5. Im März 2014 hat der Verwaltungsrat das Amt ersucht, «ein Dokument vorzubereiten, aus dem eventuelle Modalitäten, Umfang und Kosten von Maßnahmen gemäß der Artikel 37(1) und 37(2) der IAO-Verfassung zur Klärung eines Konfliktes oder einer Frage im Zusammenhang mit der Auslegung eines IAO-Übereinkommens hervorgehen». Dieses Dokument wurde im November 2014 im Anschluss an Konsultationen mit den Trägern vorgelegt.

6. Der Verwaltungsrat hat im November 2014 mehrere Tage lang über den Verweis der Frage des Streikrechts an den IGH debattiert. Neben der Arbeitnehmergruppe haben die Regierungsmitglieder der EU, der GRULAC sowie einige IMEC-Mitglieder den Verweis befürwortet. Die Regierungsmitglieder der ASPAG (mit Ausnahme Chinas), der Afrika-Gruppe und einige IMEC-Mitglieder (USA, Schweiz, Russland, Japan u.a.) haben sich jedoch nachdrücklich gegen einen sofortigen Verweis ausgesprochen und darauf bestanden, den dreigliedrigen Dialog zunächst fortzusetzen. Viele dieser Länder gehören zu denen, die die Arbeitnehmerrechte am wenigsten unterstützen, jedoch am vehementesten für den dreigliedrigen Dialog eintreten, obwohl sie ihn zu Hause kaum praktizieren.

7. Neben weiteren Aktionspunkten enthielt der erste Entschließungsentwurf des Amtes einen Punkt zur Beschlussfassung bezüglich des Verweises der Angelegenheit im November 2014 an den IGH. Der konsequente Widerstand der Arbeitergruppe und einiger Regierungsvertreter gegen dieses ausgewogene Paket hat jedoch letztendlich zu einer Einschließung geführt, die nicht auf den IGH einging. Stattdessen wurden lediglich eine dreigliedrige Tagung im Februar 2015 zur Existenz des Streikrechts gemäß Übereinkommen 87 (und seiner Modalitäten nach innerstaatlichem Recht) und ein Bericht an den Verwaltungsrat im März 2015 erwähnt.

8. Der Verweis an den IGH könnte bei der Tagung des Verwaltungsrates im März 2015 nach wie vor beschlossen werden, was aber durchaus nicht sicher ist. Es wird intensiver Druck erforderlich sein, um insbesondere asiatische und afrikanische Regierungsvertreter im März dazu zu veranlassen, das Mandat des Sachverständigenausschusses und seine Beschlüsse zur Existenz des Streikrechts gemäß Übereinkommen 87 sowie den Verweis an den IGH zu befürworten, falls es bei den dreigliedrigen Diskussionen im Februar nicht gelingt, die Ableitung des Streikrechts aus Ü87 durchzusetzen.

### **Empfehlung:**

9. Der IGB

- weist die wiederholten Bemühungen der Arbeitgeber um die Schwächung der langjährigen Rechtsprechung des Überwachungssystems der IAO zurück;
- macht die Arbeitgebergruppe direkt für die anhaltende institutionelle Krise bei der IAO verantwortlich, durch die zahlreiche Übereinkommen und das Überwachungssystem der IAO offensichtlich geschwächt werden sollen;
- bedauert es, dass sich einige Regierungen der Krise des IAO-Überwachungssystems offenbar nicht bewusst sind, die sie dadurch mit ermöglichen, dass sie sich nicht für eine Beilegung des Konfliktes auf juristischem Weg aussprechen;
- wiederholt, dass obwohl die Arbeitnehmer zwar weiterhin offen für einen dreigliedrigen Dialog sind, offensichtlich geworden ist, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber unterschiedliche Auffassungen in dieser Angelegenheit vertreten und wir daher entschlossen sind, uns bei den Regierungen um Unterstützung für die Einschaltung des IGH zur Beilegung des Konfliktes zu bemühen, falls es bei den dreigliedrigen Diskussionen nicht gelingt, die Ableitung des Streikrechtes aus Ü87 anzuerkennen;
- ruft seine Mitgliedsorganisationen und die Arbeitnehmermitglieder des Verwaltungsrates zur MOBILISIERUNG der ArbeitnehmerInnen auf, damit sie sich am 18. Februar an einem Aktionstag zur Verteidigung des Streikrechts zum Schutz vor Unterdrückung und Versklavung bei der Arbeit beteiligen.

**Ohne das Streikrecht werden die ArbeitnehmerInnen zu Sklaven**

## **Schlussfolgerung**

10. Der IGB wird die Schlussfolgerungen dieser Diskussion zirkulieren und den Mitgliedsorganisationen und Arbeitnehmermitgliedern des IAO-Verwaltungsrates Kampagnenmaterial zur Verfügung stellen, das sie gegenüber ihren Regierungen und Arbeitgeberverbänden benutzen können.
11. Der IGB wird den globalen Aktionstag zur Verteidigung des Streikrechtes unterstützen.
12. Der IGB wird die Mitgliedsorganisationen regelmäßig über Initiativen von Mitgliedsorganisationen sowie von Regierungen und Arbeitgebern auf dem Laufenden halten.

**IGB-VORSTAND**

**16. – 18. DEZEMBER 2014**

**MEXIKO – SCHUTZVERTRÄGE**

1. Die IGB-TUCA-IndustriALL-Delegation, die im August 2013 Mexiko besucht hat, hat gegenüber dem mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto Besorgnis über Verbreitung von "Schutzverträgen" zum Ausdruck gebracht.

Die Delegation hat berichtet, dass "die Arbeitgeber in vielen mexikanischen Betrieben Verträge mit Gewerkschaften unterschreiben, von denen die Beschäftigten nichts wissen und an denen sie sich nicht beteiligen können. Das ist undemokratisch, verletzt die Rechte der ArbeitnehmerInnen und setzt sie häufig durch Einschüchterung unter Druck.

Der erste Schritt in Richtung auf die Lösung dieser Probleme ist die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens 98, um echte Tarifverträge zu garantieren.

Untermauert werden muss dies durch die wirksame Umsetzung der IAO-Empfehlung von 2011 (Fall 2694) bezüglich eines Dialogs sowohl mit den mexikanischen Gewerkschaften als auch mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung."

Die mexikanische Regierung hat die Existenz von Schutzverträgen zwar eingestanden, jedoch erklärt, dass sie sie nicht als legitimes rechtliches Instrument betrachte und zugesagt, dass der Dialog fortgesetzt werde, um eine Lösung zu finden.

Die Regierung hat zugesagt, "den IAO-Generaldirektor bezüglich der Überprüfung der Arbeitsgesetzgebung zu konsultieren" und "Schritte im Hinblick auf die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens 98 einzuleiten."

2. Der IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit berichtet in seinem 373. Bericht (November 2014), Abs. 45-48, über den Stand der Dinge bezüglich der Klage Nr. 2694 und speziell über die Zusagen der Regierung hinsichtlich der Ausarbeitung einer Vereinbarung mit der IAO über technische Unterstützung bei der Überprüfung der Arbeitsgesetzreform von 2012.
3. Tatsächlich ist es jedoch nie zu einer solchen technischen Unterstützungsvereinbarung gekommen, die Regierung hat keinerlei Maßnahmen ergriffen, um Fortschritte bezüglich der Ratifizierung des Übereinkommens 98 im mexikanischen Senat zu erzielen, und der vom Ausschuss für Vereinigungsfreiheit im Fall Nr. 2694 erbetene Dialog mit den klagenden Organisationen hat nicht stattgefunden.
4. Unabhängige und glaubwürdige Berichte von Gewerkschaften, Wissenschaftlern und Sachverständigen auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen lassen darauf schließen, dass die Praxis der Schutzverträge (Absprachen zwischen einem Arbeitgeber und einer vom Arbeitgeber kontrollierten Arbeitnehmerorganisation ohne Beteiligung und häufig ohne Wissen der Beschäftigten) nach wie vor weit verbreitet ist.

**Anhang - 14GC/G/13(b)**

5. Der TUCA- Vorstand hat bei seiner Sitzung im November 2014 über die von einigen Mitgliedern geäußerte Befürchtung diskutiert, dass gewisse Mitgliedsorganisationen des TUCA in Mexiko an der Praxis der Schutzverträge beteiligt sind, was einen Verstoß gegen die Satzung des IGB und des TUCA bedeuten würde. Es wurde beschlossen, dass das TUCA-Sekretariat in Abstimmung mit dem IGB eine Untersuchung dieser Anschuldigungen durchführen sollte.
  6. Es wird vorgeschlagen, dass der IGB in Abstimmung mit dem TUCA bzw. mit den Global Unions eine Delegation nach Mexiko entsendet, um den im August 2013 von der damaligen Delegation angesprochenen Fragen sowie der vom TUCA-Vorstand geäußerten spezifischen Besorgnis Folgemaßnahmen anzuschließen. Die Delegation wird dem IGB-Vorstand und dem Vorstand des TUCA über die bisherigen Fortschritte bezüglich der 2013 von der Regierung Mexikos, der IAO und mexikanischen Arbeitnehmerorganisationen gemachten Zusagen berichten und Vorschläge zur Reaktion auf die anschließenden Entwicklungen im Einklang mit der Satzung des IGB und des TUCA unterbreiten.
-

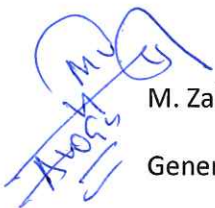
1. On September 9 2014 the UN General Assembly adopted by a large majority with only 11 votes against and 41 abstentions the resolution 68/304 **"Towards the establishment of a multilateral legal framework for sovereign debt restructuring processes"** promoted by the Argentine Government and presented by the Group of 77 + China. The resolution is a first, but important step forward in one of the deepest by all claims coming from the people that have analysed the root causes of the crisis that broke out in 2008: the urgent need to implement rules to prevent and, to the possible extent, avoid the recurrent crisis of sovereign debt, speculative processes that generally accompany them and their painful social consequences.
2. For the first time, the resolution adopted by the General Assembly is concreted committed to find *"a timely, effective, comprehensive and durable solution to the debt problems"* [and] *"Decides to elaborated and adopt through a process of intergovernmental negotiations, as a matter of priority during its sixty-ninth session, a multilateral legal framework for sovereign debt restructuring processes with a view inter alia, to increasing the efficiency, stability and predictability of the international financial system and achieving sustained, inclusive and equitable economic growth and sustainable development, in accordance with the national circumstances and priorities."*
3. It is clear that a process of negotiations of such claims, to achieve positive results, the participation of the whole society. One of the first concrete actions came from the international trade union movement. On September 23th, 2014, in New York, Sister Sharan Burrow, SG of the ITUC, Bother Hassan Yussuff, President of TUCA and Brother Víctor Báez, SG of TUCA, along with leaders of the AFL-CIO, the CLC Canada, and the Argentine trade union confederations CTA de los Trabajadores and CGT met with President Cristina Fernández de Kirchner from Argentina to express their commitment to denounce the serious social consequences caused by the vultures funds actions and to contribute to achieving in 2015 at the UN the adoption of the best possible legal framework for sovereign debt restructuring processes.
4. The ITUC General Council met in Brussels on December 18<sup>th</sup>, 2014 calls its member organizations at regional and national level to
  - gather information on the process already initiated by United Nations of the intergovernmental negotiations towards the multilateral legal framework and disseminating it among its affiliates,
  - denounce the consequences that have speculative manoeuvres of the vulture funds, for the workers and the development of sustainable, just and inclusive societies,
  - develop actions to disseminate at national and regional level the opinions and proposals of the trade union movement on this issue and to present them to governmental representations which shall bring them to the session of the UN general Assembly of in 2015.

## Statement of Pakistan Workers' Federation (PWF) on Peshawer Massacre

The PWF condemns the massacre of 142 persons, including 131 schoolchildren in Peshawer. This is the latest and most horrible example of extremism in our country. All religions, including Islam, protect innocent children rather than slaughtering them; an outrageous act committed by the Taliban in the name of religion.

Such terrorism has cost lives, has generated fear among workers and citizens and has had a destructive effect on life in Pakistan. In addition to the direct human cost of extremism, Pakistan's workers have suffered from devastating social and economic damage; a dangerous side effect of terrorism. We support the action of the army of the Government of Pakistan to contain and overcome this threat by the Taliban in tribal areas. There is no alternative to a military response at this time.

The trade union movement and all people of good will must unite against extremism and terrorism in all of its forms. We call on the International Trade Union Confederation (ITUC) and the global trade union movement to support the workers and people of Pakistan in their struggle against the forces of extremism and terrorism. In addition to the military challenges, it is fundamental for the world to show solidarity to the people in Northern Pakistan who have suffered so much at the hands of extremists, including the destruction of their economy. Their desperation must be replaced with hope for better lives, for development, and for democracy.



M. Zahoor Awan,

General Secretary

Pakistan Workers' Federation (PWF)